

«Eine Schenkung wäre die beste Lösung»

In der Bührle-Affäre kam die zentrale Frage nach der Herkunft der Bilder jahrelang nicht aufs Tapet. Das Nicht-wissen-Wollen sei charakteristisch für den Umgang der Schweiz mit ihrer Geschichte, sagt der Historiker Jakob Tanner. **Interview: Martina Läubli und Gordana Mijuk**

NZZ am Sonntag: Was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie sich die Sammlung Bührle im Kunsthaus Zürich angesehen haben?

Jakob Tanner: Die Bilder kannte ich bereits. Beim ersten Besuch im Chipperfield-Bau fiel mir die penetrante Beschriftung «Sammlung Bührle» auf. Auf den jüdischen Vorbesitz vieler Bilder wird nirgends hingewiesen. Ein weiteres Mal besichtigte ich die Ausstellung mit einer Gruppe der Bergier-Kommission (UEK). Besonderes Augenmerk richteten wir auf den Dokumentationsraum. Da gab es einige empörte Reaktionen.

Was hat Sie gestört?

Emil Bührle wurde als «Industrieller» vorgestellt. Das ist beschönigend. Er war ein Waffenfabrikant. Das ist inzwischen geändert worden, wie auch die Information zur Familie Ullstein, wo es einfach hiess: «Verliess Deutschland». Hier fehlt das Problembewusstsein dafür, was sich in der Zeit des Nationalsozialismus abgespielt hat.

Dass die Herkunft der Bilder ungenügend dokumentiert ist, wird derzeit breit und heftig kritisiert. Sogar im Ausland wird darüber berichtet. Hat es Sie überrascht, dass die Sache zu einer Affäre wurde?

Nein. Es war die Chronik eines angekündigten Skandals, der mit der Eröffnung des Kunsthausneubaus und dem Coming-out der Bührle-Sammlung aufbrach. Mitte Dezember machte die krass verunglückte Medienkonferenz des Kunsthauses und der Bührle-Stiftung das Desaster komplett. Offensichtlich hatten die Verantwortlichen nicht begriffen, worum es geht.

Was meinen Sie mit Desaster?

Die Bührle-Stiftung hat bei ihrer Provenienzforschung eine Lernblockade. Man verweigerte sich der internationalen Entwicklung hin zu fairen und gerechten Lösungen von Restitutionsfragen, wie sie die Washingtoner Prinzipien von 1998 und die Theresienstädter Erklärung von 2009 verlangen.

Mit dem Washingtoner Abkommen wollte man zuerst nur die unmittelbar von Nationalsozialisten geraubte Kunst zurückgeben. Seit dem Abkommen von Theresienstadt genügt das nicht mehr. Auch verfolgungsbedingter Vermögensentzug ist nun rückerstattungs-pflichtig, also wenn jemand vor den Nazis ins Ausland flüchten und dort seine Bilder verkaufen musste, um überleben zu können. Dazu braucht es aber detaillierte Abklärungen.

Das ist so, es braucht hier seriöse Einzelfallabklärungen. In den umliegenden Ländern wurden nationale Kommissionen eingesetzt, die solche Fälle anschauen. In der Schweiz aber ist ausser der Schaffung einer «Anlaufstelle» nichts passiert, obwohl man die Abkommen unterzeichnet hat. Jetzt zeigt sich aber: Völkerrechtliche Verpflichtungen müssen eingehalten werden, mit schlechtem Abwehren kommt man nicht länger durch.

In der Bührle-Affäre sind Sie nicht nur kritischer Beobachter, sondern auch Teil der Auseinandersetzung.

Jakob Tanner



Der Historiker war von 1997 bis 2015 Professor für Geschichte der Neuzeit und Schweizer Geschichte an der Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Zürich. Als Mitglied der Bergier-Kommission befasste er sich mit der Verstrickung der Schweiz in den Zweiten Weltkrieg. Zuletzt erschien von ihm «Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert» (C.H. Beck).

Ich habe mehrere Rollen. Bis 2015 hatte ich den Lehrstuhl an der Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Uni Zürich inne. Ich habe immer wieder Lehrveranstaltungen zu Geschichtsmythen und Erinnerungskultur durchgeführt. In den Medien habe ich mich zur Verstrickung der Schweiz mit dem Nationalsozialismus und zu Bührle geäußert. Und ich war einer der zwei von den Streitparteien vorgeschlagenen Reviewer der Bührle-Studie des Lehrstuhls von Matthieu Leimgruber.

Die Studie wurde von Stadt und Kanton Zürich 2017 in Auftrag gegeben. Sie sollte untersuchen, wie die Kunstsammlung entstanden ist, die Ergebnisse sollten die Basis für die Dokumentation im Kunsthaus bilden. Dann geriet die Studie wegen Gerüchten um Eingriffe vonseiten der Bührle-Stiftung in Kritik. Deshalb wurden externe Gutachten gefordert. Zu welchem Schluss sind Sie gelangt?

Für dieses Gutachten habe ich mich intensiv in die Materie eingearbeitet. Die Studie wurde von einem Forscherteam verfasst. Im 24-seitigen Gutachten, das öffentlich ist, kann man nachlesen, dass tatsächlich die Best Practice einer unabhängigen Auftragsforschung nicht voll eingehalten worden war. Zudem kritisiere ich die Einrichtung einer externen «Steuerungsgruppe», zu der auch ein Vertreter der Stiftung Bührle gehörte. Die Gruppe wollte Änderungen am Text anregen. In der 2020 publizierten Fassung sind die monierten Probleme behoben. Es ist eine solide Untersuchung, die in zentralen Bereichen Neuland erschliesst und die Verklammerung von Kapital, Kunst und Krieg im «Bührle-Komplex» dicht darstellt.

Das Thema der Studie war der wirtschaftshistorische Kontext. Fragen Sie sich nicht, warum die Herkunft der Bilder nicht vorkommt?

Ja klar, von Anfang an. Die Provenienzforschung ist ein Knackpunkt, weil sie direkt mit strittigen Restitutionsfällen zusammenhängt. Seit längerem wird kritisiert, dass die Stiftung Bührle meint, sie könne diese Abklärungen als interessierte Partei in Eigenregie durchführen. Vonseiten UEK haben wir insbesondere bemängelt, dass nach 2002 sukzessive ein Archiv auftauchte, dessen Existenz bei unseren früheren Nachforschungen in Abrede gestellt worden war. Eine der Schlussfolgerungen meines Gutachtens und jenes von Esther Tisa Francini lautete: Es braucht nun eine weitere Studie, welche die bisherige Provenienzforschung historisiert und sie auf der Höhe international anerkannter Methodenstandards an die Hand nimmt. Ein solches Projekt kann nur interdisziplinär aufgezogen werden. Es leuchtet ein, dass es nicht Teil eines mit sehr beschränkten Finanzmitteln ausgestatteten Forschungsauftrags an einem Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sein konnte.

An der Bührle-Studie mitgeschrieben hat auch Erich Keller, der bei Ihnen doktriert hat. Er verliess die Arbeitsgruppe im Streit und schrieb dann das Buch «Das kontaminierte Museum», das den Skandal um die unklare Provenienz erst so richtig befeuert hat.

Kellers Buch wirkte als Katalysator und hat wesentlich mitgeholfen, dem lokalen Zürcher Problem zu internationaler Sichtbarkeit zu verhelfen. Es unterscheidet sich von Form, Stil und Funktion her deutlich vom Bührle-Bericht des Lehrstuhls Leimgruber. Deshalb ergänzen sich die beiden Publikationen auch sehr gut, und da, wo sich Keller zu Bührles Profiten aus NS-Zwangsarbeit äussert, zitiert er auszugswise aus seinen eigenen wichtigen Beiträgen zur Bührle-Studie.

Manche Medien schrieben, die Bührle-Affäre sei vor allem auch ein Historiker-Streit. Auch Keller hatte die Bührle-Stiftung für ihre Provenienzforschung ja einst gelobt.

Die These vom «Historiker-Streit» liegt völlig daneben. Hingegen zeigt sich deutlich, wie wenig die Kritik, wie sie etwa das «Schwarzbuch Bührle» von 2015 äusserte, ernst genommen wurde. Noch zwei Monate vor seinem Ausscheiden aus dem Projekt des Lehrstuhls Leimgruber qualifizierte Keller die Bührle-Provenienzforschung als international vorbildlich. Daraufhin änderte er seine Meinung rasant und dezidiert. Solche Lernprozesse haben erfreulicherweise in verschiedenen Köpfen stattgefunden.

Warum haben Sie sich als Historiker, der in Sichtweite des Kunsthauses arbeitete, nicht früher in die Diskussion um die Bührle-Sammlung eingemischt? Also schon bei der Abstimmung über den Erweiterungsbau 2012? Damals wurde die Problematik ausgeblendet.

Natürlich kann ich mir persönlich einen Vorwurf machen, warum ich damals nicht stärker in der Öffentlichkeit interveniert habe. Ich war ein Jahr im Ausland, kam in diesem Jahr zurück nach Zürich. Ich wollte mein Buch fertig schreiben und hatte gerade ein grosses, interuniversitäres Forschungsprojekt zur Schweiz im Ersten Weltkrieg

ARND WIEGMANN / REUTERS



Besucherinnen und Besucher betrachten im Kunsthaus-Neubau in Zürich Paul Cézannes «Garçon au gilet rouge», eines der berühmtesten Bilder der Sammlung von Emil Bührle. (15. Dezember 2021)

lanciert. Im Übrigen waren die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und die Waffenlieferungen Bührles in diesem Abstimmungs-jahr durchaus ein Thema. Am 2. Februar 2012 wurde Lukas Bärfuss' Stück «Zwanzigttausend Seiten» am Schauspielhaus uraufgeführt. Darin fällt dem Tagträumer Tony eine Riesenkiste mit 20 000 Seiten über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg auf den Kopf. Er weiss nun alles darüber, aber niemand will etwas davon erfahren, und so landet er schliesslich im Irrenhaus. Erst eine experimentell-wissenschaftliche «Tony-Wende» verspricht Ausblick auf neues Lebensglück. Das Theaterstück von Lukas Bärfuss ist eine sarkastische Parabel auf das vorsätzliche Nicht-wissen-Wollen und die Verdrängung der Vergangenheit in der Schweiz.

Warum fand dieser Einwurf eines Schriftstellers kein Gehör?

Die Diskussion drehte sich damals vor allem um die Aufbesserung des Kulturstandorts Zürich. Das Kulturfeuilleton war grossmehreilich Pro-Chipperfield und die Nachfrage nach historischem Wissen entsprechend gering. Der Kolumnist Daniel Binswanger, der die Sammlung Bührle im Kunsthaus in der «Republik» heute aufs Schärfste verurteilt, schrieb damals im «Magazin» des «Tages-Anzeigers» unter dem Titel «Etwas Ehrgeiz bitte!»: Ein Nein zum Kunsthaus-Neubau wäre eine «kulturpolitische Absurdität», und mit «einer der grossartigsten privaten Impressionistensammlungen» (gemeint war die Stiftung Bührle) könne sich Zürich «in eine völlig neue Liga katapultieren». Mit keinem Wort wurde hier auf die Probleme hingewiesen, die es mit dem Waffenhandel, der Raubkunst und den ungeklärten Provenienzen geben könnte.

Also: Sie selbst hatten keine Zeit, die Medien waren auf anderem Kurs - und so ist nichts passiert. Es gab 2012 aber eine Interpellation von Gemeinderätin Christine Seidel, welche die richtigen Fragen gestellt hat. Diese wurden von der Stadt weggewischt.

Es gab bei der SP, den Grünen und der AL etliche Leute, die Klartext gesprochen und sich immer wieder gemeldet haben. Aber diese Stimmen wurden marginalisiert.